



# KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung  
vom 18. Mai 2011

## Aus Berlin

---

### Bahr droht Krankenkassen mit Konsequenzen

Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) verlangt von den gesetzlichen Krankenkassen, die Versicherten der insolventen City BKK aufzunehmen. Er erinnerte daran, dass laut Gesetzeslage kein Versicherter der City BKK von einer anderen gesetzlichen Kasse abgelehnt werden dürfe.

Wenn Krankenkassen sich weiterhin weigerten, Versicherte aufzunehmen, wolle er Konsequenzen ziehen, sagte Bahr. Welche das sein könnten, ließ er jedoch offen.

Hintergrund ist, dass die City BKK zum ersten Juli dieses Jahres wegen finanzieller Probleme schließen muss. Zuvor hatte sie einen Zusatzbeitrag von acht Euro im Monat erhoben. Deshalb wechselten vor allem junge Mitglieder zu anderen Krankenkassen. Medienberichten zufolge lehnen nun Kassen vorwiegend ältere Versicherte der City BKK ab.

Auch Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des Spitzenverbandes der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), kritisierte das Verhalten mancher Kassen.

Sie rechnet in den kommenden Jahren mit einem Anstieg der Zusatzbeiträge. Die Beiträge könnten sich auf dann auf 50 bis 70 Euro erhöhen. „Über Jahre hinweg ist natürlich auch eine solche Größenordnung denkbar und auch von der Politik gewollt“, sagte Dr. Doris Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende des GKV-Spitzenverbandes. Bahr wies diese Prognose zurück: „Auf absehbare Zeit ist ein solcher Anstieg nicht zu erwarten.“ (Agenturmeldung, 17. Mai; Financial Times, 17. Mai; [Pressemitteilung des GKV-Spitzenverbandes, 17. Mai](#))

### Vorschriften zu Schmerzmittelvorräten und Cannabisverordnung gelockert

Hospize und Einrichtungen der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) dürfen künftig Notfallvorräte an betäubungsmittelhaltigen Schmerzmitteln anlegen. Mit der neuen Vorschrift können Patienten in Hospizen auch in Akutsituationen unverzüglich mit Schmerzmitteln behandelt werden.

Eine weitere Änderung der betäubungsrechtlichen Vorschriften betrifft die Verordnung von Cannabis: Mediziner dürfen künftig in Deutschland hergestellte cannabis-haltige Fertigarzneimittel verschreiben, wenn diese vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte zuvor klinisch geprüft und zugelassen wurden. Der Handel und Besitz von Cannabis zu Rauschzwecken bleibt weiterhin rechtswidrig. ([Pressemitteilung des Bundesgesundheitsministeriums, 17. Mai](#))

## Aus KBV und KVen

---

### KBV-Vertreterversammlung fällt Beschluss zur Konvergenz bei der Vergütung

Die Mitglieder der KBV-Vertreterversammlung haben sich mehrheitlich für eine Konvergenz bei der Gesamtvergütung in Höhe von etwa 500 Millionen Euro entschieden. Der Beschluss soll die Umverteilung von Honorarzuwächsen regeln und damit Unterschiede in der ambulanten Versorgung in Deutschland weiter abbauen. Hans-Jochen Weidhaas, Vorsitzender der Vertreterversammlung, betonte: „Für keinen der Beteiligten war diese Entscheidung leicht. Umso

mehr ist der gemeinsame Wille, die vertragsärztliche Versorgung im Lande überall zu sichern, anzuerkennen.“

Das Thema war auf der Sitzung der Vertreterversammlung in Berlin ein Streitpunkt. 16 Vertreter verließen während der laufenden Diskussion den Sitzungssaal. Sie gehören den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern an. Diese KVen hatten sich Anfang Mai in der Freien Allianz der Länder-KVen (FALK) zusammengeschlossen. Dr. Wolfgang Krombholz, Vorstandsvorsitzender der KV Bayerns, erklärte, dass die Opposition sich „ins Abseits gedrängt und übergangen“ fühlte. Weidhaas appellierte an die Vertreter: „Auch bei kontroversen Themen und Diskussionen sollten wir eine Kultur des demokratischen Miteinanders pflegen“. ([KBV-Pressemitteilung, 17. Mai](#), [Gemeinsame Pressemitteilung der FALK, 17. Mai](#), [Ärzte Zeitung online, 17. Mai](#))

### **KBV startet Präventionsinitiative zum Thema Impfen**

Die Impfbereitschaft der Deutschen lässt nach. Deshalb hat die KBV gemeinsam mit den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) eine bundesweite Informationsoffensive zum Thema Impfen gestartet. Ziel ist es, die Akzeptanz von Schutzimpfungen in der Bevölkerung zu steigern und die Durchimpfungsraten zu erhöhen.

Mit Flyern, Plakaten, Videofilmen und Veranstaltungen wollen KBV und KVen in den nächsten Wochen verstärkt auf die Bedeutung des Impfens hinweisen. Für die Wartezimmer der Arztpraxen hat die KBV diverse Informationsmaterialien erstellt. Dazu gehört ein Flyer, der alle Krankheiten, die durch eine Impfung verhindert werden können, kurz erklärt und einen Impfkalendar enthält. Die Angaben gibt es auch als Informationsblatt in mehreren Fremdsprachen. Alle [Informationsmaterialien](#) stehen im Internet zum Herunterladen bereit. Zusätzlich zeigt [KV-on](#), das Web-TV der KVen, mit einem Videofilm, warum eine Masernschutzimpfung so wichtig ist. Einige KVen organisieren zudem Informationstage. ([Pressemitteilung der KBV, 18. Mai](#))

### **Internetseite der KBV erleichtert Weg zur eigenen Praxis**

Die KBV hat eine Internetseite rund um das Thema Niederlassung konzipiert. „Wir wollen Ärzten und Psychotherapeuten damit den Einstieg in die ambulante Versorgung erleichtern“, betonte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, zum Start des neuen Internetangebots. Die Seite [www.kbv.de/niederlassung](http://www.kbv.de/niederlassung) erklärt, welche Voraussetzungen Ärzte und Psychotherapeuten erfüllen müssen, um eine Zulassung zur ambulanten vertragsärztlichen Versorgung zu erhalten und an wen sie sich bei Fragen wenden können. Eine Übersichtskarte mit direkten Verlinkungen zu den Praxisbörsen der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) erleichtert Niederlassungswilligen die Suche nach einem geeigneten Praxissitz. Die Seite soll einen ersten Überblick zur Niederlassung bieten. ([Pressemitteilung der KBV, 13. Mai](#))

### **Köhler diskutiert über Praxisnetze auf dem Tag der Niedergelassenen**

Der Vorstandsvorsitzende der KBV Dr. Andreas Köhler hat davor gewarnt, dass große Klinikketten Medizinische Versorgungszentren gründen oder Pharmafirmen Verträge der Integrierten Versorgung schließen. Das sagte Köhler in der Diskussionsrunde „Praxis der Zukunft – Vernetzt auf allen Ebenen?“ am 13. Mai, dem Tag der Niedergelassenen, im Rahmen des Hauptstadtkongresses.

In dem Podiumsgespräch diskutierten mit Köhler der Präsident der Krankenhausgesellschaft NRW, Dr. Hans Rossels, der Vorstandsvorsitzende der Patiomed AG, Dr. Thomas-F. Gardain, der Leiter der Abteilung Ambulante Versorgung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), Dr. Manfred Partsch, sowie Dr. Christiane Wessel, niedergelassene Gynäkologin.

Rund 400 niedergelassene Ärzte, Psychotherapeuten und Angehörige der medizinischen Fachberufe beteiligten sich an den Diskussionen und nahmen an den begleitenden zertifizierten Fortbildungsveranstaltungen auf dem Tag der Niedergelassenen teil.

Über das Thema „Vernetzung auf allen Ebenen“ informiert auch KV-on, das Web-TV der KVen, mit zwei Videobeiträgen. ([Pressemitteilung der KBV, 13. Mai](#); [Videopodcast zu dem Thema: Wieviel Vernetzung braucht der Arzt?](#); [Videopodcast zu dem Thema: Welche Möglichkeiten der ambulanten Tätigkeit gibt es?](#))

### **KV-on berichtet über gesundheitspolitische Diskussionen auf dem Hauptstadtkongress**

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), zeigt in mehreren Videopodcasts die Höhepunkte vom Speakers' Corner auf dem diesjährigen Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit und dem Tag der Niedergelassenen.

Dr. Thomas Kriedel, Vorstand der KV Westfalen-Lippe diskutierte mit Dr. Dirk Heinrich, Vorsitzender des NAV-Virchow-Bundes zum Thema „Praxis geht online - Datenschutz ade?“. Dr. Angelika Pohn, Vorstandsvorsitzende der KV Berlin sprach mit Heinz Christian Esser, Geschäftsführer des ZVK Bundesverbands zum Thema „Therapiefreiheit – Wunsch und Wirklichkeit“. Am Tag der Niedergelassenen, dem dritten Tag des Hauptstadtkongresses, lieferten sich der KBV-Vorstand Dr. Carl-Heinz Müller mit Thomas Ballast, dem Vorstandsvorsitzenden des Verbandes der Ersatzkassen, einen verbalen Schlagabtausch zu der Frage „Wann fallen die Arzneimittelregresse?“. ([Video zum Thema: Die Praxis geht online – Datenschutz ade?](#); [Video zum Thema: Therapiefreiheit bei Heilmitteln](#); [Video zum Thema: Wann fallen die Arzneimittelregresse?](#))

### **KV Thüringen und Landesausschuss fördern ältere Ärzte**

In bestimmten Regionen Thüringens können Augenärzte ein Förderpaket der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Thüringen und des Landesausschusses der Ärzte und Krankenkassen bekommen. In den Kreisen Unstrut-Hainich und Gotha können Praxisübernahmen von Augenärzten mit einer Investitionskostenpauschale in Höhe von 60.000 Euro sowie die Gründung einer augenärztlichen Zweigpraxis mit einer Förderung von bis zu 15.000 Euro unterstützt werden. Ärzte in diesen Regionen, die über ihr 65. Lebensjahr hinaus tätig sind, erhalten zudem eine Pauschale in Höhe von 1.500 Euro pro Quartal. Mediziner müssen die Förderung nicht zurückzahlen. Einzige Pflicht ist, eine bestimmte Anzahl von Patienten zu behandeln.

Mit den Maßnahmen möchten KV und Landesausschuss der Unterversorgung im Fachgebiet Augenheilkunde entgegenwirken. ([Pressemitteilung der KV Thüringen, 15. Mai](#))

### **KV Bayerns gibt Tipps zur Vereinbarkeit von Praxis und Familie**

Mit einem Informationspaket möchte die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns Ärztinnen und Ärzten zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie beraten. Zu diesem gehört die aktualisierte Broschüre mit dem Titel „Ärztinnen in der vertragsärztlichen Versorgung“. Der Internetauftritt der KV wurde zudem um die Rubrik Praxis/Praxisführung/Praxis und Familie erweitert. Interessierte finden dort unter anderem einen Überblick über Entlastungsmöglichkeiten für junge Mütter wie etwa die Befreiung vom Bereitschaftsdienst, Kontaktadressen von Ansprechpartnern in der KV Bayerns und Informationen über staatliche Leistungen. Auch die neu aufgelegte Broschüre kann dort heruntergeladen werden. „Wir hoffen, mit der umfangreichen Sammlung an Informationen rund um das Thema Praxis und Familie künftig noch mehr jungen Ärztinnen und Ärzten Mut zu machen, sich mit den Möglichkeiten einer Niederlassung intensiv auseinanderzusetzen“, sagte Dr. Ilka Enger, zweite stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KV.

Auch die KBV hat eine neue Website [www.praxis-und-familie.de](http://www.praxis-und-familie.de) zu dem Thema erarbeitet. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 16. Mai](#))

### **KV Nordrhein: Duisburg bietet spezialisierte ambulante Palliativversorgung**

Im Einzugsbereich der Stadt Duisburg garantiert jetzt ein Palliative-Care-Team die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) von schwerstkranken und sterbenden Menschen. Einen entsprechenden Vertrag dazu haben die gesetzlichen Krankenkassen unter Federführung der AOK Rheinland/Hamburg mit der „Palliativ Care Duisburg eG“ geschlossen. Ziel ist es, schwerstkranken Patienten eine umfassende häusliche Versorgung anzubieten. Das Team der „Palliativ Care Duisburg eG“ deckt eine Einwohnerzahl in Duisburg und Umgebung von rund 600.000 Menschen ab. Beteiligt sind neben der AOK Rheinland/Hamburg und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein auch die Ersatzkassen im Verband der Ersatzkassen e.V. (vdek), 98 Betriebskrankenkassen der BKK-Vertragsarbeitsgemeinschaft NRW, die Vereinigte IKK sowie die Knappschaft und Landwirtschaftliche Krankenkasse NRW. Gesichert wird die Versorgung durch sechs niedergelassene qualifizierte Palliativ-Ärzte und qualifizierte Palliativ-Pflegefachkräfte aus den regionalen Pflegediensten. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 13. Mai](#))

## Aus den Verbänden

---

### Krankenkassen legen eigene Vorschläge für Versorgungsgesetz vor

Vertragsärzte sollen künftig nur dann höhere Honorare erhalten, wenn sich dadurch die Versichertenversorgung nachweisbar verbessern lässt. So lautet einer der Vorschläge, die der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für ein geplantes Versorgungsgesetz vorgelegt hat.

Zu den weiteren Eckpunkten des Papiers gehört, dass in überversorgten Regionen die Kassenärztlichen Vereinigungen das Ausscheiden von Ärzten finanziell fördern sollen. Zudem solle es die Arztlizenz nur noch zeitlich begrenzt geben. In unterversorgten Gebieten schlägt der GKV-Spitzenverband vor, Gesundheitszentren zu gründen, in denen Ärzte tageweise Sprechstunden anbieten. Die vertragsärztliche Versorgung soll grundsätzlich in die Bereiche ärztliche Primärversorgung, allgemeine fachärztliche Versorgung und spezialärztliche Versorgung gegliedert werden. Die hausärztliche Primärversorgung mit Haus-, Kinder- und Frauenärzten will der GKV-Spitzenverband durch eine Verbesserung der Weiterbildung fördern. In Frage kämen die Verbundweiterbildung und die Schaffung zusätzlicher Lehrstühle für Allgemeinmedizin. Des Weiteren befürwortet der GKV-Spitzenverband eine Reorganisation der Entscheidungsstrukturen des Gemeinsamen Bundesausschusses. ([Positionspapier des GKV-Spitzenverbands, 16. Mai](#))

### Bundesärztekammer und Deutsche Bischofskonferenz lehnen Tötung auf Verlangen ab

Unheilbar Kranke und sterbende Menschen auf Wunsch zu töten, widerspreche dem christlichen und ärztlichen Verständnis vom Menschen. Deshalb sei eine Tötung auf Verlangen abzulehnen. Diese gemeinsame Haltung haben der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof (Dr.) Robert Zollitsch, und der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Prof. Jörg-Dietrich Hoppe, sowie BÄK-Hauptgeschäftsführer Prof. Christoph Fuchs in einem Gespräch über die Begleitung unheilbar Kranker und Sterbender bekräftigt. Des Weiteren waren sie sich darüber einig, dass Ärzte keine Hilfe zur Selbsttötung leisten dürften. Vielmehr sei es wichtig, Schwerstkranke zu begleiten und ihnen durch einen weiteren Ausbau der Palliativmedizin das Leiden zu erleichtern. ([Pressemitteilung der BÄK, 11. Mai](#))

### Hartmannbund initiiert Petition für eine Verkürzung des Krankenpflegepraktikums

Mit einer Petition beim Deutschen Bundestag will der Hartmannbund erreichen, dass das für ein Medizinstudium obligatorische Krankenpflegepraktikum von drei auf zwei Monate verkürzt wird. Aus seiner Sicht genügt ein zweimonatiges Praktikum, um ein grundlegendes Verständnis der Arbeit von Pflegekräften und des Stationsablaufes in einer Klinik zu erwerben. Allerdings sollten die Ausbildungsinhalte eines Krankenpflegepraktikums für alle Einrichtungen einheitlich gestaltet werden und das Kennenlernen und gegenseitige Wertschätzen der einzelnen Berufsfelder stärker als bisher im Fokus stehen, fordert der Vorsitzende des Ausschusses Medizinstudierende im Hartmannbund, Kristian Otte. Er verweist auf eine Checkliste, in der sein Verband Vorschläge für eine Strukturierung des Praktikums macht. „Wir brauchen so viel Unterstützung wie möglich, damit unser Vorhaben von der Politik ernst genommen wird“, ruft er Medizinstudenten und Ärzte zur Beteiligung an der Petition auf. Diese endet am 23. Juni und ist auf der [Website des Bundestages](#) zu finden. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 12. Mai](#))

### Kandidaten erheben Anspruch auf das Präsidentenamt der Bundesärztekammer

Die Zahl der Kandidaten, die bei der Wahl des neuen Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK) antreten wollen, steigt. Auch der stellvertretende Vorsitzende des Hartmannbundes und stellvertretender Präsident der Ärztekammer in Westfalen-Lippe, Dr. Klaus Reinhardt, hat seine Kandidatur angekündigt. Diese sieht er als „Signal einer sektor- und tätigkeitsfeldübergreifenden Interessenvertretung der gesamten Ärzteschaft.“ Aus den Reihen des NAV-Virchow-Bundes hatten zuvor der Hausarzt Dr. Maximilian Kaplan aus Hessen und die Fachärztin für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde Dr. Ellen Lundershausen aus Thüringen ihre Kandidatur angekündigt. Als

Favoriten gelten Dr. Frank Ulrich Montgomery, derzeitiger Vizepräsident der BÄK und Präsident der Ärztekammer Hamburg, sowie der Präsident der Berliner Ärztekammer, Günther Jonitz.

Die Wahl findet am 2. Juni auf dem Deutschen Ärztetag in Kiel statt. Nach zwölf Jahren an der Spitze der BÄK will Prof. Jörg-Dietrich Hoppe nicht noch einmal antreten. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 17. Mai](#); [Pressemitteilung des NAV-Virchow-Bundes, 10. Mai](#); [Der Tagesspiegel, 17. Mai](#))

### **Homöopathische und anthroposophische Arzneimittel sind beschränkt verordnungsfähig**

Ärzte dürfen rezeptfreie homöopathische und anthroposophische Arzneimittel ausnahmsweise zu Lasten der gesetzlichen Krankenkassen verordnen, wenn die in der Arzneimittel-Richtlinie angegebenen Indikationsgebiete und Anwendungsvoraussetzungen zutreffen. Das hat der sechste Senat des Bundessozialgerichts entschieden und damit die Auffassung des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) bestätigt.

Auflöser des Rechtsstreites war eine Klage des GBA gegen eine Beanstandung des damaligen Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung im Jahr 2004 bezüglich der Konkretisierung der OTC-Übersicht („over-the-counter“). In dieser legt der GBA fest, welche apothekenpflichtigen, nicht verschreibungspflichtigen Arzneimittel ausnahmsweise verordnungsfähig sind. Voraussetzung hierfür ist, dass diese bei der Behandlung schwerwiegender Erkrankungen als Therapiestandard gelten. Alle anderen nicht verschreibungspflichtigen Medikamente dürfen seit dem 1. Januar 2004 nicht mehr von den Krankenkassen erstattet werden. ([Pressemitteilung des GBA, 16. Mai](#))

### **Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer wiedergewählt**

Der 18. Deutsche Psychotherapeutentag hat den bisherigen Vorstand der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Alter und neuer Präsident ist Prof. Dr. Rainer Richter. Vizepräsidenten bleiben Monika Konitzer und Dr. Dietrich Munz. Beisitzer sind auch weiterhin Andrea Mrazek und Peter Lehndorfer.

„Unser Ziel ist eine bessere Versorgung psychisch kranker Menschen. Mit einer Reform der Bedarfsplanung haben wir die Chance, monatelange Wartezeiten auf einen psychotherapeutischen Behandlungsplatz zu verkürzen“, sagte der BPTK-Präsident nach der Wahl. Er kündigte an, sich für eine Reform der Psychotherapeutenausbildung einzusetzen. „Wir sind überzeugt, dass wir gemeinsam mit der Bundes- und Landespolitik Wege finden werden, das heute erreichte hohe Qualifikationsniveau weiter zu sichern und für angehende Psychotherapeuten angemessene Ausbildungsbedingungen zu schaffen“, so Richter. ([Pressemitteilung der BPTK, 14. Mai](#))

## **Aus der Welt**

---

### **Schweiz: Sterbehilfetourismus bleibt erlaubt**

In einer Volksabstimmung haben die Bürger im Schweizer Kanton Zürich einem Sterbehilfeverbot eine klare Absage erteilt. Sowohl die Beihilfe zum Suizid als auch der sogenannte Sterbehilfetourismus bleiben damit erlaubt, wie das Ärzteblatt berichtet. Nur rund 15 Prozent der Befragten stimmten für ein Verbot der Suizidbeihilfe. Initiiert hatten die Volksabstimmung die Evangelische Volkspartei (EVP) und die Eidgenössisch-Demokratische Union (EDU). Auch eine zweite Initiative mit dem Slogan „Nein zum Sterbetourismus im Kanton Zürich“ wiesen die Bürger mit 78 Prozent Gegenstimmen ab.

Damit können Sterbehilfeorganisationen wie Dignitas weiterhin ihre Dienste in Zürich anbieten. Nach eigenen Angaben begleitete Dignitas seit 1998 mehr als 1.100 Menschen beim Suizid, darunter auch rund 600 Deutsche. Die Zürcher Regierung sowie die evangelisch-reformierte Landeskirche im Kanton Zürich sprachen sich ebenfalls gegen beide Initiativen aus. Ihrer Meinung nach sollten alte und schwerkranke Menschen am Ende ihres Lebens selbst über ihren Tod bestimmen dürfen. ([Deutsches Ärzteblatt, 17. Mai](#))

## Außerdem

---

### Neue Strategien zur Suchtpolitik geplant

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Mechthild Dyckmans (FDP), hat einen Drogen- und Suchtbericht für das Jahr 2011 vorgelegt und gleichzeitig eine Neuausrichtung der Suchtpolitik angekündigt. Dem Bericht zufolge sind Alkohol und Zigaretten weiter die am stärksten verbreiteten Drogen in der deutschen Bevölkerung. „Der Alkoholkonsum der Deutschen ist bei der Suchtbekämpfung immer noch das größte Sorgenkind“, betonte Dyckmans. Vor allem das sogenannte Rauschtrinken steht gerade bei Jugendlichen hoch im Kurs. Der Anteil Jugendlicher, die wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär behandelt werden mussten, stieg 2009 im Vergleich zum Jahr 2008 um 2,8 Prozent. Positivere Entwicklungen gab es beim Rauchen. Zwar rauchten insgesamt rund 16 Millionen Deutsche, die Zahl der jugendlichen Raucher jedoch sank 2010 im Vergleich zum Jahr 2001 von 23 auf 13 Prozent.

Eine neue Herausforderung stelle laut Dyckmans die Prävention und Bekämpfung der Glücksspiel- und Internetsucht dar. Hier müsse der alte Drogenaktionsplan aus dem Jahr 2003 auf den neuesten Stand gebracht werden. Aber auch allgemein möchte Dyckmans neue Strategien zur Suchtpolitik entwickeln. Ein Ziel sei es, mehr zielgerichtete Präventionsangebote zu schaffen. Entsprechende Pläne will das Kabinett noch vor der Sommerpause diskutieren. ([Deutsches Ärzteblatt, 17. Mai](#); [Ärzte Zeitung, 17. Mai](#))

### KOMPAKT-Zahl der Woche: 10.000

Deutschland bildet jährlich rund 10.000 Mediziner aus. Nach den USA, die etwa 19.500 Ärzte ausbilden, ist Deutschland auf Platz zwei, gefolgt von Japan. Das teilte der Verband Deutsche Hochschulmedizin unter Berufung auf Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) mit. ([Pressemitteilung des medizinischen Fakultätentages Deutschland, 13. Mai](#))

## Aus der Presse

---

### Köhler: Freiberuflichkeit der Ärzte muss erhalten bleiben

Ausführlich berichtet das Deutsche Ärzteblatt über eine Podiumsdiskussion zum Thema „Herausforderung Praxis: Vernetzt auf allen Ebenen?“ am Tag der Niedergelassenen am 13. Mai in Berlin. Für flexible Kooperationsformen von Ärzten sprach sich dabei KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler aus, der mit dem Präsidenten der Krankenhausgesellschaft in Nordrhein-Westfalen, Dr. Hans Rossels, dem Vorstandsvorsitzenden der PatioDoc AG, Thomas F. Gardain, sowie dem Leiter Ambulante Versorgung beim Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung, Dr. Manfred Partsch, debattierte. Köhler machte deutlich, dass unabhängig davon, ob selbstständig oder angestellt, die Freiberuflichkeit der Ärzte erhalten bleiben müsse. Die sei in Kooperationsformen wie Medizinischen Versorgungszentren gefährdet, wenn deren Träger rein wirtschaftliche Interessen verfolgen, gibt die Zeitung Köhler wieder.

Den Tag der Niedergelassenen hat die KBV in diesem Jahr zum dritten Mal veranstaltet. Die Veranstaltung war umrahmt vom Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit, der am 11. Mai begonnen hatte. ([Deutsches Ärzteblatt, 13. Mai](#))

## Aus dem Terminkalender

---

- 23.05.11 [Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)  
Berlin, 18–20 Uhr
- 26.05.11 [Werkstattgespräch der KBV-Vertragswerkstatt über AD\(H\)S und Essstörung](#)  
Berlin, 10.30–14 Uhr
- 28.05.11 Vertreterversammlung der KV Hessen  
Frankfurt, 10 Uhr
- 30.05.11 Vertreterversammlung der KBV  
Kiel, 10 Uhr
- 09.06.11 Vertreterversammlung der KV Berlin  
Berlin, 20 Uhr
- 15.06.11 Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz  
Mainz, 15.30 Uhr
- 16.06.11 Vertreterversammlung der KV Hamburg  
Hamburg, 20 Uhr
- 24.06.11 Vertreterversammlung der KV Brandenburg  
Potsdam, 15 Uhr
- 28.06.11 Vertreterversammlung der KV Mecklenburg-Vorpommern  
Rostock, 10.30 Uhr

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 40 05 – 22 03

Fax: 030 / 40 05 – 27 22 03

E-Mail: [agromes@kbv.de](mailto:agromes@kbv.de), [agraumann@kbv.de](mailto:agraumann@kbv.de), [hfuegemann@kbv.de](mailto:hfuegemann@kbv.de), [fknoeppke@kbv.de](mailto:fknoeppke@kbv.de)

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>